

## Heinz Paragenings

### Zur Rolle der *Grundrisse* in der ökonomischen Debatte der fünfziger Jahre in der DDR\*

Die *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* – auch als „Rohentwurf“ bezeichnet – wurden 1953 in der DDR veröffentlicht. Es handelte sich um einen fotomechanischen Nachdruck des Originaltextes aus der Moskauer Ausgabe von 1939/41.<sup>1</sup>

Von vornherein ist Folgendes festzuhalten: Eine ausführliche und öffentlich streitbare Rezeption der *Grundrisse* hat es in der DDR nicht gegeben. Die Ursache dafür lag in der offiziellen Auffassung, dass die *Grundrisse* reine Vorarbeiten für die reiferen Darstellungen im *Kapital* bilden. Natürlich waren sie – wie viele andere Werke von Marx und Engels – Gegenstand von Spezialseminaren an den Universitäten und Hochschulen. Aber in den politisch brisanten Auseinandersetzungen dieser Jahre konnte auf die *Grundrisse* nicht zurückgegriffen werden, jedenfalls nicht von Positionen aus, die als antimarxistisch und revisionistisch abqualifiziert wurden. Jeder Rückgriff wäre vom offiziellen Marxismus-Leninismus mit dem Hinweis gekontert worden, dass im *Kapital* alles viel besser analysiert sei. So kommt es, dass sich in den Publikationen kaum Hinweise auf die *Grundrisse* finden, obwohl das Werk in internen Diskussionen theoretisch fruchtbare Ansätze lieferte für den großen Versuch, die dogmatische Erstarrung in Theorie und Praxis zu durchbrechen.

Dieser Versuch hatte eine internationale Dimension. Hier sei nur auf den XX. Parteitag der KPdSU 1956 mit seinen Folgen verwiesen. In der DDR wurde der Versuch von einer Reihe marxistischer Theoretiker und talentierter Praktiker aus Wirtschaft und Kultur, aber auch aus dem Staats- und Parteiapparat unternommen. Dadurch ergaben sich heftige politische Auseinandersetzungen, vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Die 1955 einsetzende

---

\* Überarbeitete Fassung des Vortrags auf dem wissenschaftlichen Kolloquium des Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition e.V. zum Thema „Die Herausgabe der ersten MEGA und die Geschichte der Marx-Engels-Edition im Spannungsfeld von Wissenschaft und Ideologie (1924–1968)“ am 28./29. November 2003 in Berlin.

<sup>1</sup> Siehe Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931–1941), Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. NF. Sonderband 3, Hamburg 2001, S. 258–267.

Debatte hatte ihre Vorgeschichte, auf die in diesem Rahmen nicht weiter eingegangen werden kann.

Anlass und Hintergrund war die äußerst kritische ökonomische und gesellschaftspolitische Situation der DDR. Die ursprünglichen Ziele des ersten Fünfjahrplanes 1951–1955 mit der forcierten Entwicklung der Schwerindustrie konnten infolge der Ereignisse des 17. Juni 1953 nicht aufrechterhalten werden. Die Korrektur durch den so genannten Neuen Kurs brachte zwar wesentliche Verbesserungen in der Lebenslage der Bevölkerung, war aber zugleich Ausgangspunkt der Verschärfung bestehender Disproportionen.

Auch der Volkswirtschaftsplan 1955 konnte in wichtigen Positionen bei weitem nicht erfüllt werden. Und schon die Ausarbeitung des zweiten Fünfjahrplans war wiederum von politisch diktierten unrealistischen Vorgaben durchsetzt. Es trat klar zutage, dass das sowjetische System der Planung und Leitung der Wirtschaft und Gesellschaft mit der krisenhaften Entwicklung nicht fertig werden konnte.

So musste sich jede *theoretische* Debatte zwangsläufig zu einer dramatischen politischen Auseinandersetzung entwickeln. In der Wirtschaftswissenschaft kristallisierte sie sich um Publikationen von *Fritz Behrens* und *Arne Benary* am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften.<sup>2</sup> Die Kernfragen der Auseinandersetzung waren:

*Erstens:* Die staatlich hochzentralisierte, administrative Leitung der Wirtschaft ist zunächst mit der Aufhebung von Großkapital und Großgrundeigentum notwendig, verursacht dann aber eine Unterdrückung der Initiative von unten und muss daher durch ein effizientes ökonomisches System ersetzt werden. Primär müssen ökonomische Impulse an die Stelle von zentralen Weisungen und ideologischen Appellen treten.

*Zweitens:* Spontanes Verhalten sowie das gesamte Marktgeschehen auf der Grundlage von Wert und Wertkategorien sind nicht zu liquidieren, sondern im Interesse der Gesellschaft zu gestalten. Nur so kann die zentrale Planung objektive Kriterien der gesellschaftlichen Reproduktion gewinnen und Subjektivismus und Wunschenken überwinden.

*Drittens:* Das administrative System muss durch ein System der Selbstverwaltung der Wirtschaft (nicht der Betriebe) ersetzt werden, in dem die Verfügung über Menschen in eine Verwaltung von Sachen übergeht. Damit

---

<sup>2</sup> Arne Benary: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode. In: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft, 1957, S. 62; Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. In: *Ebd.*, S. 105.

beginnt ein gewisses Absterben des Staates und ein Prozess nachhaltiger Demokratisierung im Übergang zum Sozialismus.

Es versteht sich, dass derartige Konzeptionen zur Weiterführung einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft offensiv nur in einer Atmosphäre des Aufbruchs vertreten werden konnten, die nicht auf die DDR und auch nicht auf die Wirtschaftswissenschaft beschränkt war. Die herrschende Parteibürokratie brandmarkte alle solche Ansätze umgehend als revisionistisch und konterrevolutionär.

In den wissenschaftlichen Kreisen der Republik gab es aber natürlich ernsthafte Debatten über Grundfragen der Marxschen Theorie, die mit den – hier nur grob skizzierten – öffentlichen Auseinandersetzungen *korrespondierten*. Diesen *Zusammenhang* werde ich an vier ausgewählten Problemkomplexen behandeln.

Als junger Assistent am Akademie-Institut war ich unmittelbar an derartigen Debatten beteiligt, in denen auch – vor allem durch *Fritz Behrens* – die *Grundrisse* von Marx zur Geltung kamen.

## I.

Ein erster Problemkomplex betrifft Fragen des ökonomischen Regulierungsmechanismus, Fragen, die sich wegen der schon erwähnten disproportionalen Entwicklung in der DDR naturgemäß in den Vordergrund schoben. Bei der Beurteilung der Disproportionen mussten natürlich externe Ursachen in Rechnung gestellt werden, wie z.B. – um nur einige Faktoren zu nennen – die Spaltung Deutschlands und die Abtrennung östlicher Gebiete, das im Verhältnis zu Westdeutschland niedrige wirtschaftliche Ausgangsniveau Ostdeutschlands, die Einbindung in einen Staatenblock mit den schlimmsten Kriegsfolgen in Europa, die überwiegende Alleinlast der Reparationen, die faktischen Wirtschaftsblockaden des Westens, die sich bis 1960 systematisch steigerten.

Aber auch die internen Ursachen traten immer klarer hervor. So stieg die Arbeitsproduktivität in der Industrie langsamer als der Durchschnittslohn, und die Produktion und Produktivität entwickelten sich innerhalb eines jeden Jahres mit einer seltsam regelmäßigen, fast zyklischen Diskontinuität mit schwerwiegenden Folgen für die ökonomische Effizienz. Das sind nur zwei Beispiele von vielen Prozessen, die man beim besten Willen nicht auf externe Ursachen zurückführen konnte. In den theoretischen Diskussionen ging es somit um einen Regulierungsmechanismus, der längerfristig eine einigermaßen

proportionale Entwicklung auch unter ungünstigen Bedingungen gewährleisten könnte.

Angeblich sollte unter den herrschenden Eigentumsverhältnissen ein objektives ökonomisches Gesetz wirken, welches *Stalin* in klassischer Formulierung als „Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung“ bezeichnete und dieses Gesetz sollte das „Gesetz der Konkurrenz und Anarchie“ der kapitalistischen Produktion ablösen.<sup>3</sup> Gerade in den *Grundrissen* fand sich nun aber eine Charakteristik der Konkurrenz, klarer noch als in Marx' *Kapital*; dass nämlich die Konkurrenz zwar der wesentliche Lokomotor der bürgerlichen Ökonomie ist, der als solches aber ihre Gesetze auch nur exekutieren und nicht etablieren kann, dass also die Konkurrenz die Gesetze nicht konstituiert, sondern nur realisiert und sie in dieser Art sehen lässt.<sup>4</sup> Wenn dem so ist, dann musste dasselbe auch für das die Konkurrenz ablösende so genannte Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung gelten. Was aber sollte es exekutieren?

Was die Frage nach der Objektivität der *planmäßigen* Entwicklung betraf, so führte sie auf die Problematik des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsbedingungen zurück. Was die *Proportionalität* anbelangt, löst sich diese letztlich in die proportionale Verteilung der Arbeit entsprechend den vorhandenen Bedürfnissen auf. Austausch und Warenzirkulation unterstellen aber immer schon ein System von gebrauchswertbezogenen Bedürfnissen, die zudem auch zahlungsfähig sein müssen.

Die Bedürfnisse werden jedoch produziert. So heißt es in den *Grundrissen*, dass das Kapital die Bedürfnisse durch relativen Surpluswert, also relativen Mehrwert produziert,<sup>5</sup> und weiter, dass die historische Bestimmung des Kapitals erfüllt ist, sobald die Bedürfnisse soweit entwickelt sind, dass die Surplus-

<sup>3</sup> Vgl. J. Stalin: *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Berlin 1952, S. 9.

<sup>4</sup> „Die Concurrenz überhaupt, dieser wesentliche Locomotor der bürgerlichen Oekonomie, etablirt nicht ihre Gesetze, sondern ist deren Executor.“ (MEGA<sup>2</sup> II/1.2, S. 448). „Die Concurrenz exequirt die innren Gesetze des Capitals; macht sie zu Zwangsgesetzen dem einzelnen Capital gegenüber, aber sie erfindet sie nicht. Sie realisirt sie.“ (Ebd., S. 625).

<sup>5</sup> „die Production von *relativem Surpluswerth*, d.h. die auf Vermehrung und Entwicklung der Productivkräfte gegründete Production von Surpluswerth, erheischt Production neuer Consumption; daß sich der consumtive Zirkel innerhalb der Circulation ebenso erweitert, wie vorhin der productive Zirkel. Erstens quantitative Erweiterung der bestehenden Consumption; zweitens: Schaffen neuer Bedürfnisse dadurch daß vorhandne in einem größren Kreis propagirt werden; *drittens*: Production *neuer* Bedürfnisse und Entdeckung und Schöpfung neuer Gebrauchswerthe. Dieß in andren Worten, daß die gewonnene Surplusarbeit nicht blos quantitatives Surplus bleibt, sondern zugleich der Kreis der qualitativen Unterschiede der Arbeit (damit der Surplusarbeit) beständig vermehrt, mannigfaltiger gemacht, in sich selbst mehr differenzirt wird.“ (MEGA<sup>2</sup> II/1.2, S. 321).

arbeit selbst allgemeines Bedürfnis ist und aus den individuellen Bedürfnissen selbst hervorgeht.<sup>6</sup> Aber gerade das Schaffen von Surpluswerten und die Vermehrung der Produktivkräfte heben wiederum die existierenden Proportionen auf.<sup>7</sup> Marx betont den Systemcharakter der Bedürfnisse und der bedürfnisdeckenden Arbeit und er fragt sich, in welchen Zusammenhängen diese Fragen zu behandeln wären.<sup>8</sup>

In den damaligen Diskussionen wurden Zweifel laut, ob es richtig ist, das Problem der Proportionalität nur unter dem Aspekt des Wertgesetzes zu betrachten, da es durchsetzt ist von den Fragen, wie Bedürfnisse überhaupt produziert werden. Das wiederum findet offensichtlich (im Kapitalismus) durch das Kapital *als sich verwertender* Wert statt. In diesem Zusammenhang kam es auch zur Kritik an der völlig wirklichkeitsfremden These *Stalins*, dass Markt und Produktion (und damit auch die Konsumtion) in den kapitalistischen Ländern künftig einem Schrumpfungsprozess unterlägen.<sup>9</sup> In der DDR richteten sich die Zweifel bei voller Anerkennung der Notwendigkeit einer zentralen Planung gegen den Anspruch einer staatlichen Zentrale, darüber zu entscheiden, welche Bedürfnisse das Volk hat.

Erst in den sechziger Jahren wurden Fragen dieses Problemkreises im Rahmen des „Neuen Ökonomischen Systems“ auch öffentlich diskutiert. Freilich nur punktuell und ohne das Niveau in den Marxschen Werken zu erreichen. Auch gab es in Abhandlungen zur Optimalplantheorie in der Sowjetunion und auch von ungarischen Wissenschaftlern einige theoretisch fruchtbare Ansätze.

---

<sup>6</sup> „Die grosse geschichtliche Seite des Capitals ist diese *Surplusarbeit*, überflüssige Arbeit vom Standpunkt des bloßen Gebrauchswerts, der bloßen Subsistenz aus zu *schaffen*, und seine historische Bestimmung ist erfüllt, sobald einerseits die Bedürfnisse so weit entwickelt sind, daß die Surplusarbeit über das Nothwendige hinaus selbst allgemeines Bedürfnis ist, aus den individuellen Bedürfnissen selbst hervorgeht – andererseits die allgemeine Arbeitsamkeit [...] so weit gediehen ist, daß der Besitz und die Erhaltung des allgemeinen Reichthums [...] nur eine geringre Arbeitszeit für die ganze Gesellschaft erfordert [...]. Als das rastlose Streben nach der allgemeinen Form des Reichthums treibt aber das Capital die Arbeit über die Grenzen seiner Naturbedürftigkeit hinaus und schafft so die materiellen Elemente für die Entwicklung der reichen Individualität, die ebenso allseitig in ihrer Production als Consumption ist und deren Arbeit daher auch nicht mehr als Arbeit, sondern als volle Entwicklung der Thätigkeit selbst erscheint, in der die Naturnothwendigkeit in ihrer unmittelbaren Form verschwunden ist; weil an die Stelle des Naturbedürfnisses ein geschichtlich erzeugtes getreten ist.“ (MEGA<sup>2</sup> II/1.1, S. 241).

<sup>7</sup> „Das Capital ist ebenso sehr das beständige Setzen als Aufheben der *Proportionate Production*. Die existirende Proportion muß immer aufgehoben werden durch das Schaffen von Surpluswerthen und Vermehrung der Productivkräfte.“ (MEGA<sup>2</sup> II/1.2, S. 326).

<sup>8</sup> „Diese Fragen über das *System der Bedürfnisse* und *System der Arbeiten*, an welcher Stelle ist es zu behandeln? Wird sich im Verlauf ergeben.“ (MEGA<sup>2</sup> II/1.2, S. 428).

## II.

Ein zweiter Problemkomplex, der auch im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung stand, betrifft die Fragen von Wert, Preis und Wertgesetz. Hintergrund waren intern verursachte Disproportionen, vor allem eine Geldakkumulation, die keiner bedarfsgerechten Produktion gegenüberstand, und umgekehrt, eine fluktuierende Warenmenge, die kein zahlungsfähiges Bedürfnis fand, und zwar sowohl im konsumtiven als auch im produzierenden Bereich.

Die orthodoxe Praxis und Theorie gingen davon aus, dass die Warenproduktion im Sozialismus ein notwendiges Übel sei, im Grunde ein Fremdkörper, der – in Übereinstimmung mit Marx – zum Absterben verurteilt wäre. Dementsprechend sollte die Wirkung des Wertgesetzes weitgehend eingeschränkt werden. Diese Position entsprach den dogmatischen Versicherungen *Stalins*, dass der Wert im Sozialismus nur die Sphäre der Zirkulation regulieren würde und zwar nur die der Konsumgüter. Die Produktionsmittel hingegen würden lediglich eine Warenhülle besitzen, d.h. keine wirklichen Waren mehr sein. Unter Berücksichtigung dieses so eingeschränkten Wertgesetzes reguliert nicht mehr der Markt, sondern der Staat die Preise.<sup>10</sup>

Es ergab sich die Frage, wie der Staat ökonomisch fundierte Preise festlegen kann, wenn der Markt als Reflex und Signalsystem für die Planung derartig außer Kraft gesetzt ist. Wie können Preise abweichend vom Wert festgelegt werden, wenn die Wertgröße unbekannt ist? So entwickelte sich eine öffentliche Diskussion über die Messbarkeit des Wertes, die in der Hauptsache durch zwei Positionen charakterisiert war.

Die eine Position verneinte die Notwendigkeit der Kenntnis der Produktwerte, da zur Festsetzung der Preise nur die Kenntnis von *Relationen* der gesellschaftlich notwendigen (durchschnittlichen) Aufwendungen an *lebendiger* Arbeit für die Warenarten erforderlich sei. Das würde genügen, um eine proportionale Entwicklung der Wirtschaft preisseitig zu gewährleisten.

Die andere Position bestand auf der Notwendigkeit einer Kenntnis der absoluten Wertgrößen mit dem Argument, dass eine Berechnung des *vollen Arbeitsaufwandes* unter Einschluss der vergegenständlichten Arbeit ohnehin anzustreben ist (die rechentechnische Basis war mit der elektronischen Datenverarbeitung bereits im Kommen).

Formell ging es in beiden Positionen zwar um die Wertgröße, aber dahinter verbarg sich die Frage, was der Wert denn nun eigentlich sei und das wurde in theoretischen Debatten durchaus bemerkt.

---

<sup>10</sup> Vgl. J. Stalin, a.a.O., S. 57.

So entstand eine einfache Fragestellung: Wenn unterstellt wird, dass zwei Schwierigkeiten gelöst werden können, nämlich *erstens* die Umwandlung der in den Produktionsmitteln vergegenständlichten in die zu ihrer *Reproduktion* erforderlichen Arbeitsaufwendungen und *zweitens* die Reduktion komplizierter auf einfache Arbeit, wenn also diese beiden Schwierigkeiten rechnerisch wenigstens annähernd bewältigt sind, dann kann der volle Arbeitsaufwand und damit der so genannte notwendige durchschnittliche Aufwand für jede Warenart ermittelt werden. Wenn das zugleich der Wert sein soll, was drückt der so berechnete Wert aus? Die Antwort war ebenfalls sehr einfach: Alle existierenden Disproportionen erscheinen nicht mehr nur in Natural- und Geldeinheiten, sondern außerdem auch in Arbeitszeiteinheiten. Das ist alles. Der Austausch der Waren zu diesen Werten, (also zu den Wertpreisen) hebt die Disproportionen nicht auf, sondern sanktioniert sie.

In den *Grundrissen* fanden sich andere Antworten. Hier wird klar ausgesprochen, dass der Wert die wechselseitige Abhängigkeit der Produzenten in ihrem reproduktiven Prozess verkörpert<sup>11</sup> und dass daher der Wert selbst das Maß ihrer proportionalen Produktion ist. Produkte als Waren tauschen sich aus, weil sie Wert besitzen, nicht umgekehrt. Die wertbildende Arbeit kann also nicht einfach gleichgesetzt werden mit der produktherstellenden Arbeit, selbst dann nicht, wenn diese unabhängig von ihren konkreten Formen und als bloße Arbeitszeit ausgedrückt ist.

Es nützt auch nichts, die Wertberechnung nur auf die tatsächlich umgesetzten Waren zu beschränken. Auch der Warenumsatz enthält alle Diskrepanzen der gesellschaftlichen Reproduktion. Die Preise, zu denen die Waren umgesetzt werden, sollen ja von den berechneten Werten, den Wertpreisen, abweichen und sich insgesamt zur berechneten Wertsumme ausgleichen, um zur Herstellung der gewünschten Proportionen beizutragen. Dann wäre aber der Preis und nicht der Wert ein Maß der Proportionalität – eine vom Standpunkt der Marxschen Werttheorie abenteuerliche Konsequenz. Preisabweichungen vom Wert können überhaupt nur reine Marktgleichgewichte herstellen, niemals aber den Ausgleich zwischen Produktion und Konsumtion.

Es war *Fritz Behrens*, der den Konstruktionen einer Wertberechnung eine andere Wertauffassung entgegensetzte. Sie enthielt bereits die Bestimmung, dass der Wert einer Ware *der* „Ware die Eigenschaft des Geldes verleiht“ – wie es in den *Grundrissen* heißt.<sup>12</sup> Nach Behrens ist der Wert durch Arbeit doppelt

<sup>11</sup> Vgl. J. Stalin, a.a.O., S. 20 und 52.

<sup>12</sup> Marx weist auf diese Wertbestimmung anlässlich der Kritik der These Proudhons von der Ersetzung des Geldes durch Stundenzettel hin. Damit solche Stundenzettel – so Marx – den Anforderungen des Geldes entsprechen, wäre es für die Bank notwendig „den

bestimmt; und zwar erstens durch Arbeit, die notwendig ist, um eine Wareneinheit unter durchschnittlichen Produktionsbedingungen herzustellen, und zweitens durch Arbeit, die notwendig ist, um die betreffende Ware in einer vom Markt geforderten Menge herzustellen, also in einer Menge, die dem zahlungsfähigen Bedürfnis entspricht.<sup>13</sup> Diese Formulierung stützte sich auch auf eine Aussage im dritten Band des *Kapital* über die doppelte Bedeutung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.<sup>14</sup>

Freilich blieb dabei die Beziehung zwischen beiden Bestimmungen und damit ihre innere Einheit nach wie vor im Dunkeln. Aber wenn auch unvollkommen in ihrer Aussage, richtete sich diese Wertauffassung doch offensiv gegen die Vorstellung, dass eine zentrale Planung mit raffinierten Arbeitszeitberechnungen den Markt wie überhaupt reale ökonomische Mechanismen der Distribution ersetzen könnte.

Zugleich vermittelte sie eine Ahnung davon, dass der Wert unmöglich eine bloße Gallerte aus allgemeiner und auf bloße Arbeitszeit reduzierte Arbeit sein kann. Über ein solches abstraktes Arbeitsprodukt ließe sich nur sagen, dass es Resultat eines sozialen Stoffwechselprozesses im Unterschied zu Resultaten reiner Naturprozesse ist.

Hier werden nun auch die Grenzen der damaligen Debatten sichtbar. Die fundamentale Rolle der Wertform und damit des Geldes in der Wertbestimmung blieb außerhalb der reflektierten Zusammenhänge.

---

Tauschwerth aller Waaren, d.h. die in ihnen materialisirte Arbeitszeit authentisch zu fixiren. [...] Sie müßte die Arbeitszeit bestimmen, in der die Waaren hervorgebracht werden können, mit den Durchschnittsmitteln der Industrie, die Zeit, in der sie hervorgebracht werden müssen. Aber auch das wäre nicht hinreichend. Sie hätte nicht nur die Zeit zu bestimmen, in der ein gewisses Quantum Producte hervorgebracht werden muß, und die Producenten in solche Bedingungen zu setzen, daß ihre Arbeit gleich productiv ist (also auch die Distribution der Arbeitsmittel auszugleichen und zu ordnen), sondern sie hätte die Quanta Arbeitszeit zu bestimmen, die auf die verschiedenen Productionszweige verwandt werden soll. Das leztre wäre nöthig, da, um den Tauschwerth zu realisiren, ihr Geld wirklich convertibel zu machen, die allgemeine Production gesichert werden müßte und in solchen Verhältnissen, daß die Bedürfnisse der Austauschenden befriedigt werden.“ (MEGA<sup>2</sup> II/1.1, S. 88).

<sup>13</sup> „Die Arbeitszeit existirt nicht als allgemeiner, von den natürlichen Besonderheiten der Waaren unabhängiger und abgeschiedner (losgelöster) Gegenstand des Austauschs. Als solcher müßte sie existiren, um die Bedingungen des Geldes unmittelbar zu erfüllen. Die Vergegenständlichung des allgemeinen, gesellschaftlichen Charakters der Arbeit (und darum der Arbeitszeit, die im Tauschwerth enthalten) macht eben ihr Product zum Tauschwerth; giebt der Waare die Eigenschaft des Geldes, die aber ein selbstständig ausser ihr existirendes Geldsujet wieder einschließt.“ (MEGA<sup>2</sup> II/1.1, S. 99/100). Vgl. Fritz Behrens: Grundriss der Geschichte der politischen Ökonomie, Band II, Berlin 1976, S. 131.

<sup>14</sup> Vgl. MEW 25, S. 649.



### III.

Das verhinderte jedoch nicht Überlegungen und Diskussionen zu einer weiteren Frage, die in den *Grundrissen* eine hervorragende Rolle spielt. Es ist die Frage, was eigentlich der Begriff der gesellschaftlichen Arbeit als abstrakte, wertbildende Arbeit beinhaltet. Damit soll ein dritter Problemkomplex umrissen werden.

Als grundlegendes Axiom einer sozialistischen Wirtschaftspolitik galt folgende These: Die Arbeit ist infolge der Existenz des Volkseigentums, d.h. des staatlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln, unmittelbar gesellschaftliche Arbeit. In beschränktem Umfange besitzt sie die Form der abstrakten Arbeit, weil noch Ware-Geld-Beziehungen existieren. Alle Fehlentwicklungen in der Wirtschaft sind Folge von Mängeln in der Planwirtschaft, die der Staat beheben kann, vor allem durch Stärkung und Qualifizierung der zentralen Planung bei einer gewissen relativen Selbständigkeit der Wirtschaftseinheiten.

Diese apodiktische These der Planungspraxis provozierte geradezu die Frage nach der Bestimmung der abstrakten Arbeit. Nach Marx ist sie Arbeit, die durch verselbständigte Produzenten verausgabt wird. Ihre gesellschaftliche Natur muss daher durch den Austausch der Arbeitsprodukte *vermittelt* werden. Sie erscheint demzufolge im Austausch als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit. Erscheinen kann aber nur, was bereits vorhanden ist. Die Arbeit, die den Wert darstellt, so schreibt Marx in *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, „ist vorausgesetzt als Arbeit des vereinzelt Einzelnen. Gesellschaftlich wird sie dadurch, daß sie [...] die Form der abstrakten Allgemeinheit annimmt“.<sup>15</sup>

Die Kernfrage war nun, was diese abstrakte Allgemeinheit der Arbeit ist. Was ist diese Form der Arbeit, die im Austausch nur *erscheinen* kann und die außerhalb des Austausches als das Allgemeine, das gleiche Gemeinsame der unterschiedlichen konkreten, besonderen Formen der Arbeit nur *gedacht* werden kann? Wo ist ihre ökonomische Realität?

Die *Grundrisse* enthalten nun aber eine ungewöhnliche Charakterisierung der abstrakten Wertbildenden Arbeit. Sie wird als Arbeit bezeichnet, die absolut gleichgültig ist gegen ihre besondere Bestimmtheit, die aber zugleich jeder Bestimmtheit fähig ist.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> MEGA<sup>2</sup> II/2, S. 113.

<sup>16</sup> „Der letzte Punkt, worauf noch aufmerksam zu machen ist, in der Arbeit, wie sie dem Capital gegenübersteht, ist der, daß sie als *der* dem als Capital gesetzten Geld gegenüberstehende Gebrauchswerth, nicht diese oder jene Arbeit, sondern *Arbeit schlechthin*, abstracte Arbeit ist; absolut gleichgültig gegen ihre besondere *Bestimmtheit*, aber jeder Bestimmtheit fähig. Der besondern Substanz, worin ein bestimmtes Capital besteht, muß

Somit drängte sich folgende Antwort auf: Eine solche Arbeit wird erst zur ökonomischen Realität mit der Arbeit eines gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, wie er durch das Kapital konstituiert wird. Diese Gesamtarbeit ist die Totalität all ihrer konkreten Formen, die gleichermaßen reichumschaffend sind; sie ist daher gleichgültig gegenüber jeder einzelnen und besonderen Form. Zugleich ist die Arbeit des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters flexibel, überflüssige Formen werden ausgeschlossen, notwendige absorbiert, so dass sie jeder konkreten Bestimmtheit fähig ist.

Dieser gesellschaftliche Gesamtarbeiter entsteht nicht durch den Austausch der Produkte als Waren, obwohl diese Warenzirkulation eine Bedingung ist, sondern durch den Austausch von Kapital und Arbeit. Einzelne vorkapitalistische Produzenten, Gemeinwesen, Stämme oder Völker, die ihre Überschüsse als Waren austauschen, wird man kaum als gesellschaftliche Gesamtarbeiter bezeichnen können, höchstens im virtuellen Sinne. Ihre wertbildende Arbeit könnte daher auch nur eine Art embryonale Form der abstrakten Arbeit sein.

Allerdings blieb dabei völlig offen, wie denn der erste Abschnitt im ersten Band des *Kapitals* zu verstehen ist. Zu stark war das Vorurteil verwurzelt, dass Marx hier eine vorkapitalistische Warenproduktion analysiert und damit die Werttheorie schlechthin dargelegt hat.

Immerhin konnte in den sechziger Jahren öffentlich die Tatsache benannt werden, dass es eine auf dem Begriff der physiologischen Arbeit beruhende naturalistische Wertauffassung gibt, die ein Verständnis der Werttheorie blockiert.<sup>17</sup> Im Rahmen der Wirtschaftspolitik wurde über das Verhältnis von Wert und Preis gestritten, darüber, ob der Preis entweder auf dem Wert basieren muss, weil der Wert *die* Arbeit ausdrückt, die die Herstellung der Ware für die Gesellschaft kostet (also Sozialismus als einfache Warenproduktion sozusagen auf höherer Stufe), oder ob der Preis – wie im Kapitalismus – auf einem so genannten modifizierten Wert basieren muss, analog dem Produktionspreis.

---

natürlich die Arbeit als besondere entsprechen; aber da das Capital *als solches* gleichgültig gegen jede Besonderheit seiner Substanz, und sowohl als die Totalität derselben, wie als Abstraction von allen ihren Besonderheiten ist, so die ihm gegenüberstehende Arbeit hat subjektiv dieselbe Totalität und Abstraction an sich. In der zunftmässigen, handwerksmässigen Arbeit z.B. [...] erscheint auch die Arbeit noch als versenkt in ihre besondere Bestimmtheit: nicht in der Totalität und Abstraction, als *die* Arbeit, wie sie dem Capital gegenübersteht. D.h. die Arbeit ist zwar in jedem einzelnen Fall eine bestimmte; aber das Capital kann sich jeder *bestimmten* Arbeit gegenüber stellen; die Totalität aller Arbeiten steht ihm [...] gegenüber, und es ist zufällig, welche ihm grade gegenübersteht.“ (MEGA<sup>2</sup> II/1.1, S. 216/217).

<sup>17</sup> Vgl. Heinz Sonntag: Über den Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 6, 1962, S. 875.

Wesentlicher war jedoch die *Stellung* eines Problems, das in jenen Jahren nicht in die öffentliche Diskussion gelangte. Es war die Frage nach den gegenwärtigen und künftigen Veränderungen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters in der kapitalistischen Welt. Und zugleich war die Kehrseite dieser Frage gegeben. Wie muss sich der Gesamtarbeiter in einer Gesellschaft konstituieren, deren Reproduktionsprozess aus der Kapitalform herausgesteuert werden soll, so dass daraus letztlich jene Assoziation hervorgehen könnte, die nach Marx ihren Stoffwechselprozess unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten Bedingungen vollziehen kann.<sup>18</sup>

Eine fundierte Erörterung der Problematik wäre nur zusammen mit einer radikal-kritischen Aufarbeitung der Marxschen Theorie und ihrer dogmatisierten Gestalt möglich gewesen. Diese fand aber nicht statt. Die Ursachen dafür lagen nicht nur in den äußeren und inneren Umständen und Machtverhältnissen. Tabus einer solchen kritischen Aufarbeitung waren auch bei den älteren marxistischen Wissenschaftlern mehr oder weniger verinnerlicht, auch bei denen, die bereits bewusst auf antidogmatischen und antistalinistischen Positionen standen. Das galt erst recht für meine Generation, die – kaum ein Jahrzehnt nach dem Ende des Faschismus – den Hörsaal gerade verlassen hatte.

#### IV.

Ein vierter Problemkomplex soll nur kurz umrissen werden. Er betrifft Fragen der Produktionsweise und der Wechselbeziehung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Anlässe zu solchen Fragen gab es in genügender Anzahl. Sie reichten von unzulänglichen innovativen Fähigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft (auch im Ost-West-Vergleich) und auswuchernder Bürokratisierung im sozialen Organismus bis zu Schwächen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess mit ungenügender Modernerhaltung, schleppender internationaler Integration usw.

Hinzu kamen Dispute über damit zusammenhängende Themen, über *Stalins* These, dass die sozialistischen Wirtschaftsformen „aus dem Nichts heraus“ geschaffen werden,<sup>19</sup> was offenkundig der materialistischen Geschichtsauffassung widersprach, über das ökonomische System in der Sowjetunion mit Merkmalen einer ursprünglichen Akkumulation, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Beziehungen zu den *Grundrissen* waren vielfältig. Im Mittelpunkt des Interesses stand die in dem Werk entwickelte Dialektik der Selbstbewegung

---

<sup>18</sup> Vgl. MEW 25, S. 828.

<sup>19</sup> Vgl. J. Stalin, a.a.O., S. 7.

des Kapitals, ihrer logischen und historischen Momente und natürlich die formationstheoretischen Passagen. Von einer systematischen Rezeption des Werkes konnte jedoch keine Rede sein.

An dieser Stelle muss die große Wirkung von *Fritz Behrens*<sup>20</sup> gewürdigt werden. Sie ist an den heftigen politisch-ideologischen Reaktionen herrschender Kräfte in der DDR ablesbar. Behrens erkannte und sprach es aus, dass

<sup>20</sup> Fritz Behrens (20.9.1909–16.7.1980), geb. in Rostock; Vater Seemann; ab 1924 Ausbildung zum Maschinenbauer auf der Neptun-Werft; 1924-28 SAJ, 1926-31 SPD; 1928 Maschinenassistent bei der Handelsmarine, Heim-VHS in Leipzig; 1931 SAP; nach Begabtenprüfung 1931-35 Studium der Volkswirtschaftslehre u. Statistik an der Univ. Leipzig, Dipl.-Volksw.; 1932 KPD; 1935 Prom. an der Univ. Leipzig mit der Arbeit »Das Geldkapital in den Wechsellagen«, anschl. wiss. Hilfsref. im Statist. Reichsamts in Berlin; 1939 Statistiker für Preis- u. Vertragsprüfung; anschl. Dienstverpflichtung zum OKW u. 1941-45 zum Statist. Zentralamt in Prag, bis 1944 zugl. Lehrauftrag für Statistik an der Prager Karls-Univ.

1945 Stadtrat für Volksbildung u. Jugend in Zwickau; 1946 SED; Berufung auf den Lehrstuhl für Statistik u. pol. Ökon. an der Univ. Leipzig; 1947 Habil. „Theoret. u. statist. Studie über die produktive Arbeit im Kap.“ (veröff. Berlin 1948); 1947 ord. Prof. für pol. Ökon., Dir. des Inst. für Wirtschaftswiss. u. Gründungsdekan der ges.-wiss. Fak. der Univ. Leipzig; Vorwürfe des „Objektivismus“ nach krit. Äußerungen über staatsbürokrat. Züge der soz. Ges.; 1954 NP; 1954/55 auf Initiative von Gunther Kohlmeier beteiligt an der Gründung des Inst. für Wirtschaftswiss. der DAW in Berlin, dort stellv. Dir.; bis 1957 nebenamtl. Lehrauftrag in Leipzig; 1955-57 Ltr. des Staatl. Zentralamtes für Statistik, stellv. Vors. der SPK u. Mitgl. des Min.-Rats; 1956 Ord. Mitgl. der DAW, Buchmanuskripts „Zur ökon. Theorie u. ökon. Pol. in der Übergangsperiode“ (mit Arne Benary), aufgrund der hier enthaltenen Kritik am bürokrat.-zentralist. Wirtschaftssystem, des Konzepts einer demokrat. soz. Selbstverw. sowie der These vom Absterben der wirtschaftsorg. Funktion des Staates Auslieferungssperre für das Buch, Vorwürfe des „Revisionismus“ auf der 30. Tagung des ZK der SED im Jan./Febr. 1957, Auslösung einer breiten Anti-Revisionismus-Kampagne in den Ztschr. Einheit u. Wirtschaftswiss., Parteiverfahren, Ablösung von allen staatl. Funktionen, anschl. Arbeitsgr.-Ltr. am Inst. für Wirtschaftswiss. der DAW; 1961 „Selbstkritik“; nach öff. geäußerten Zweifeln an der Reformierbarkeit des Staatssoz. erneute Anschuldigungen, 1967 Em.; 1979 Dr.h.c. der KMU; 1990 PDS rehabilitiert.

B. gilt als einer der anerkanntesten Wirtschaftswiss. der DDR u. als maßgebl. Vordenker des Neuen ökon. Systems (NÖS). Als Mitbegründer der Produktivitätstheorie u. mit seinen Arbeiten zu Ware-Geld-Beziehungen in einer soz. Wirtschaft war er maßgebl. an der Formierung der Polit. Ökonomie des Soz. als Lehr- u. Forschungsdisz. beteiligt, galt zugl. als führender Vertreter des „wirtschaftstheoret. Revisionismus“. Nach seiner Em. befasste er sich erneut mit Konzepten für soz. Pluralismus u. Selbstverw. sowie mit den Niedergangsursachen der „soz. Variante des Staatsmonopolismus“, Berlin 1992.

Veröffentlichungen: Zur Methode der pol. Ökon., Leipzig 1952; Ware, Wert u. Wertgesetz. Krit. u. selbstkrit. Betrachtungen zur Werttheorie im Soz., Berlin 1961; Grundriß der Geschichte der pol. Ökon., 4 Bde., Berlin 1962–81; Ursachen, Merkmale u. Perspektiven des neuen Modells der Ltg. der soz. Wirtschaft, Berlin 1966.

*Quelle:* Biographisches Lexikon, S. 3. Digitale Bibliothek Band 54: Wer war wer in der DDR? S. 303 – vgl. Wer war wer in der DDR, Berlin 2000, S. 56/57.

ein „Weiter so“ in Wirtschaft und Gesellschaft unvermeidlich in eine Sackgasse führt. Als Theoretiker machte er Front gegen die schon Jahrzehnte anhaltende Dogmatisierung, Verfälschung und unkritische Rezeption der Marxschen Werke.

Behrens erkannte die große Bedeutung der *Grundrisse*, ohne allerdings das Werk zum non plus ultra der Marxschen Theorie zu erheben. Frühzeitig wies er auf den engen Zusammenhang dieses politökonomischen Werkes mit der Hegelschen *Logik* hin und forderte das Studium und die kritische Aufarbeitung der Hegelschen und überhaupt der klassischen Philosophie.

In den Theorien der bürgerlichen Ökonomie des zwanzigsten Jahrhunderts versuchte er jene gedanklichen Strukturen zu erfassen, die für Marx die unreflektierten Ausgangsbestimmungen dieser Wissenschaft waren. Er vertrat vehement die Auffassung, dass die bürgerlichen Theorien nicht ideologisch bekämpft, sondern theoretisch widerlegt werden müssen. Dazu wäre jedoch mit der Aufarbeitung der Marxschen Theorie auch ihre Weiterentwicklung notwendig. Darunter verstand Behrens nicht die einfache Anwendung der von Marx entwickelten Kategorien auf den gegenwärtigen Kapitalismus, sondern die Weiterentwicklung der Theorie selbst, vor allem die Fortentwicklung ihrer kategorialen Bestimmungen.

Er demonstrierte das in seiner vierbändigen *Geschichte der politischen Ökonomie*.<sup>21</sup> So enthält z.B. der vierte Band mit der Darstellung der akademischen Theorien der Produktionskosten zwei Exkurse.<sup>22</sup> Darin wird die Wert- und Profitbasis in ihrer zentralen Bedeutung für das Verständnis der Funktionsweise des modernen Kapitalismus diskutiert. Die Exkurse spiegeln die Überzeugung von *Fritz Behrens* wider, dass nur eine konstruktive marxistische Lösung dieser Problematik eine ebenso konstruktive Kritik der bürgerlichen Theorien ermöglicht. Aber er wusste auch, dass seit Rudolf Hilferding der offizielle Marxismus-Leninismus diesen Theorien fast nur Plattheiten entgegensetzen konnte, dass in diesem ML die Werttheorie zu einem ideologischen Schmuckstück verkommt, mit dem alles und daher nichts erklärt werden kann. Den Vorstellungen, dass der monopolistische Profit durch Preise realisiert wird, die nicht mehr durch den Wert, sondern nur noch durch die Nachfrage reguliert sind, setzte er eine werttheoretische Konzeption entgegen. In ihr spielt die Bestimmung von Wert und Produktionspreis durch untere Grenzproduzenten die wesentliche Rolle. Obwohl behaftet mit Resten der naturalistischen Wert-

<sup>21</sup> Dieser Ausgabe ging voraus: Grundriss einer Geschichte der politischen Ökonomie. Berlin 1956. Die erste Auflage des Vierbänders erschien 1962–81.

<sup>22</sup> Vgl. Fritz Behrens, a.a.O., Band IV, S. 139 und 169.

---

auffassung und unkritischer Übernahme von Aussagen der Leninschen Imperialismustheorie ist die Problemstellung auf hohem Niveau aufgerissen.

Das Beispiel macht deutlich, was *Fritz Behrens* unter Weiterentwicklung der Marxschen Theorie verstand. Es war tragisch, dass er unter den Bedingungen der staatlichen Überwachung seiner Person, in einer Atmosphäre, die ihn zur Unperson stempelte und wissenschaftlich isolierte, eine freie Diskussion seiner Forschungsergebnisse nicht erleben konnte.

Der Gegenstand des Vortrages war die Rolle der *Grundrisse* in der ökonomischen Debatte der fünfziger Jahre in der DDR. Ich habe versucht, diese Rolle an ausgewählten Problemkreisen zu demonstrieren. Dabei kam es mir darauf an, die enge Verflechtung von Rezeptionen der *Grundrisse* mit den realen ökonomischen Sachverhalten und Problemen in diesem Zeitraum hervorzuheben. Auch rückblickend sehe ich darin einen Vorzug der Debatten, denn dadurch konnten sie nicht in das Spiel der Abstraktionen versinken. Aber sie konnten sich eben nicht in normalen wissenschaftlichen Bahnen bewegen. Umso wichtiger ist es heute, sie der Vergessenheit zu entreißen.

**Autor:** Dr. Heinz Paragenings, Wilhelm-Kuhr-Str. 3, 13187 Berlin.